

Herrn  
Vorsitzenden der Politischen  
Konferenz der Landeshauptleute  
Dr. Jörg HAIDER  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien

A-1010 Wien, Löwelstraße 6  
Telefon: ++43/1/512 14 80  
Fax: ++43/1/512 14 80-72  
oesterreichischer@gemeindebund.gv.at  
www.gemeindebund.at

VERBINDUNGSSTELLE DER BUNDESLÄNDER beim Amt der NÖ Landesregierung
23. SEP. 2005
VST- 1712/190
SB Mg

Wien, am 21. September 2005  
Zl. 096/210905/Dr

## E-Government Strategie des Österreichischen Gemeindebundes

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Das Präsidium und die Landesobmänner des Österreichischen Gemeindebundes haben anlässlich ihrer letzten Sitzung eine E-Government Strategie beschlossen, deren Konzept wir Ihnen als Anlage zur Kenntnis übermitteln.

Wir werden diese Strategie auch an Herrn Bundeskanzler Dr. Schüssel und vor allem auch an Herrn Sektionschef Dr. Matzka mit dem Ersuchen herantragen, bei der Einbindung dieses Konzeptes in eine gesamtstaatliche Strategie auch eine aktive und verbesserte Koordination der Bundesressorts vorzunehmen.

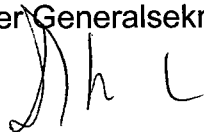
Des Weiteren werden wir die Forderung an die Bundesländer stellen, das Kommunalnet als Portal der Gemeinden in die Länderarbeitsgruppe einzubinden.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, unsere Positionen in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz zu berücksichtigen und die in diesem Papier formulierten Forderungen der kommunalen Ebene zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:



votr.HR Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Mödlhammer e.h.

Bgm. Helmut Mödlhammer

Beilage

# e-Government Strategie des Österreichischen Gemeindebundes

## Die e-Government Strategie der Republik

### Phase 1 (2003-2005): Fokus auf Zentralstellen, Gemeinden als Datenerfasser und Vorbereiten auf Phase 2

Österreich gehört derzeit EU-weit zu den Vorreitern bei der elektronischen Verwaltung, wie uns der zweite Platz im aktuellen EU-Benchmark<sup>1</sup> bescheinigt. Der Grund für diesen Etappenerfolg ist die eingeschlagene Vorgangsweise: Zum einen wurden politisch gut darstellbare und schnell umsetzbare Projekte forciert, zum anderen wurde die dadurch gewonnene politische Unterstützung zur Planung und Erstellung der notwendigen, aber vorerst kaum Nutzen stiftenden (und selten populären) Basis genützt, wie der digitalen Signatur, den zentralen Registern (Zentrales Melderegister, Gebäude- und Wohnungsregister, Adressregister, Dokumentenregister, etc.) sowie der Standards für Datensicherheit (z.B. Portalverbund<sup>2</sup>), Schnittstellen und Darstellung (z.B. Styleguide für Formulare<sup>3</sup>).

Als logische Konsequenz dieser Strategie wurden bislang vor allem Projekte initiiert, die bei Bund bzw. Ländern angesiedelt sind. Die Gemeinden waren in dieser Phase lediglich als Datenbeschaffer interessant (Personen- und Adressdaten), und haben damit die inhaltliche Basis für gegenwärtige und zukünftige Einsparungspotentiale und Einnahmenquellen aller Gebietskörperschaften geschaffen, ohne jedoch dafür abgegolten zu werden.

<sup>1</sup> [http://europa.eu.int/information\\_society/soccul/egov/egov\\_benchmarking\\_2005.pdf](http://europa.eu.int/information_society/soccul/egov/egov_benchmarking_2005.pdf)

<sup>2</sup> <http://reference.e-government.gv.at/Portalverbund.233.0.html>

<sup>3</sup> <http://reference.e-government.gv.at/Styleguide.299.0.html>

